

# Protokollauszug

aus der  
19. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur  
vom 30.09.2021

---

öffentlich

## **Top 5.1 Vorstellung des Prozesses zur Neuausrichtung der Kulturpolitischen Strategie der LHP**

Frau Aubel führt in den Tagesordnungspunkt ein, stellt heraus, dass die Kulturpolitischen Konzepte handlungsleitend für den Kulturbereich seien und legt dar, dass die Beschlussfassung vor der Sommerpause 2023 erfolgen solle.

Anschließend erläutert Frau Dr. Seemann mit einer Power-Point-Präsentation Prozessplanung und Arbeitsstruktur zur Erarbeitung der Kulturpolitischen Konzepte, der als Kooperation zwischen der Landeshauptstadt Potsdam der Fachhochschule Potsdam erfolgen solle. Ein Rückblick auf die vorhergehenden Kulturpolitischen Konzepte verdeutliche Optionen verschiedener Prozessentwicklungen. Erfolgte 2008 die Erarbeitung der ersten Kulturpolitischen Konzepte in Form eines sehr langen Beteiligungsprozesses mit Bürgerinnen und Bürger, entstand die Kulturstrategie für 2014 – 2018 in verdichteter Weise mit den Schwerpunktbereichen Kulturelle Bildung, der Stärkung der Kultur- und Kreativwirtschaft, der Förderung und Stärkung der Freien Kultur sowie die Etablierung eines zeitgemäßen Kulturtourismus und Kulturmanagements. Frau Dr. Seemann verweist in diesem Zusammenhang auf einen 2019 eingerichteten Förderetat in Höhe von 60.000 Euro zur Stärkung der kulturellen Bildung sowie ein Fonds zur Festivalförderung. Darüber hinaus entstanden auch Produktionsräume als wichtiger Teil der Kultur- und Kreativwirtschaft, wozu auch die Plattform Kultur macht Potsdam zählt.

An der Umsetzung bislang nicht realisierter Vorgaben der Kulturpolitischen Konzepte werde weitergearbeitet, wie an einer verbesserten Verzahnung von Kultur und Tourismus.

Frau Prof. Glesner, wissenschaftliche Projektleiterin der Kooperation zwischen LHP und FH, bedankt sich zunächst für das Vertrauen. Sodann stellt sie die Planungen für die Kooperation vor, den ein Kooperationsvertrag auf zwei Jahre regelt. Die FH werde die wissenschaftliche Expertise einbringen, eine größtmögliche Beteiligung anstreben und je nach Thema gegebenenfalls weitere Expertinnen und Experten hinzuziehen. Der Prozess sei hoch komplex, und die Kooperation stelle sich dieser Komplexität. Bis Ende 2021 solle die Auftaktphase mit fachlicher Ebene und Einbezug von Bürgerinnen und Bürgern andauern. Für die Beteiligungsphase seien acht bis neun Monate angesetzt; bis Ende 2022 würden alle Ergebnisse in einer Klausurphase zusammengefügt.

Ziel sei es, einen beschlussfähigen Entwurf mit entsprechenden Korrekturphasen bis Sommer 2023 vorzulegen. Um dies zu erreichen, würden Arbeitsgruppen und Themenworkshops mit enger Verzahnung gebildet.

Frau Aubel ergänzt, dass das Verfahren eine Strategiegruppe ergänzen solle. Der Strategiegruppe werde in Ergänzung der vorliegenden Unterlagen auch die/der Vorsitzende des Ausschusses für Kultur angehören.

Frau Tinney dankt den Vortragenden und eröffnet die Nachfragen.

Frau Dr. Schröter begrüßt den angestrebten Prozess, nimmt den ambitionierten Zeitplan anerkennend auf, gibt jedoch zu bedenken, ob die Zeit von Projektende bis zur Beschlussfassung nicht zu lang gewählt sei. Ferner fragt sie nach der Interaktion zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen zur Gewährleistung der Weiterverarbeitung von einzelnen Arbeitsergebnissen.

Auch Frau Hüneke schätzt das komplexe Vorgehen als sehr anspruchsvoll an und rät zur Bündelung.

Dem schließt sich Herr Dr. Scharfenberg an und hält es für wichtig, den offen gehaltenen Diskussionsprozess zusammenzuführen.

Frau Lüdcke regt an, eine weitere Person des Kulturausschusses in die Strategieguppe zu entsenden, und Herr Dallwig erkundigt sich nach einer *benchmark* für die Erarbeitung der Kulturpolitischen Konzepte hinsichtlich anderer Städte, die sich stark über Kultur definieren würden.

Frau Anlauff erkundigt sich nach der Zusammensetzung der Arbeitsgruppen im Bezug zur Strategieguppe.

Herr Zander wünscht sich eine kulturelle Teilhabe für Menschen mit Behinderung am Arbeitsprozess.

Frau Aubel geht auf die Fragen ein. Der lange Zeitvorlauf sei auch und vor allem wegen der Haushaltsaufstellung als Grundlage für die Beschlussfassung notwendig. Gegen die Entsendung einer weiteren Person aus dem Kulturausschuss in die Strategieguppe sei nichts einzuwenden.

Frau Prof. Glesner erläutert ergänzend, dass die enge Verzahnung der Arbeitsgemeinschaften über eine kontinuierliche personelle Betreuung sichergestellt werde, die die Erfassung, Aufbereitung und Verfügbarkeit der in den unterschiedlichen Arbeitsgemeinschaften gewonnenen Informationen gewährleistet.

Für Frau Dr. Zalfen erscheint diese Planung mit großer Beteiligung als großer Gewinn und wünscht sich eine Einbindung der allgemeinen Stadtgesellschaft, vergleichend zu derzeitigen Verfahren wie im Falle der Plantage (Garnisonkirche/ Rechenzentrum) oder Smart City.

Frau Aubel sieht in der hier geführten Diskussion einen breiten Konsens der Prozessplanungen und der Strategieguppe mit Ergänzung von Frau Monique Tinney als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur sowie im Nachgang in Ergänzung einer weiteren Person aus dem Kulturausschuss.